

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Elvira Drobinski-Weiß, Gabriele Hiller-Ohm, Dr. Wilhelm Priesmeier, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD  
– Drucksache 17/4874 –**

### **Für faire Lebensmittelpreise und transparente Produktionsbedingungen – Gegen den Missbrauch von Marktmacht**

#### **A. Problem**

Umfassende Untersuchung der Einkaufspraktiken des Lebensmitteleinzelhandels, Bekämpfung des Missbrauchs der Nachfragemacht und der Anwendung unfairer Einkaufspraktiken, Einrichtung einer Ombudsstelle, Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns, Maßnahmen zur Einhaltung und Überprüfung menschenrechtlicher, sozialer und ökologischer Mindeststandards in Lebensmittelunternehmen und in der Zuliefererkette, Umsetzung internationaler Standards, Verbesserung der Verbraucherinformation auf der Grundlage von Forschungsergebnissen.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

#### **C. Alternativen**

Keine.

#### **D. Finanzielle Auswirkungen**

Keine.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 17/4874 abzulehnen.

Berlin, den 11. Mai 2011

### **Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**

**Ernst Hinsken**  
Vorsitzender

**Dr. Georg Nüßlein**  
Berichtersteller

## Bericht des Abgeordneten Dr. Georg Nüßlein

### I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/4874** wurde in der 102. Sitzung des Deutschen Bundestages am 7. April 2011 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Arbeit und Soziales und den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion der SPD weist in ihrem Antrag auf Drucksache 17/4874 darauf hin, dass inzwischen die sechs großen Anbieter 90 Prozent des Lebensmittelhandels auf sich konzentrieren und damit eine Marktmacht beim Einkauf und einen Preisdruck auf die 6 000 Zulieferer der Lebensmittelwirtschaft ausüben. Deshalb wird die Bundesregierung im Antrag unter anderem aufgefordert, ein umfassende Analyse der Einkaufspraktiken im Lebensmittelhandel in Auftrag zu geben, beim Kartellrecht ggf. Möglichkeiten zur Bekämpfung des Missbrauchs der Nachfragemacht zu ergänzen, beim Verbot der Untereinstandspreise eine praktikable Regelung anzustreben und eine unabhängige Ombudsstelle zu schaffen, die als Streitschlichtungsstelle auch Ermittlungen zu unfairen Einkaufspraktiken führen und unter Umständen auch Strafzahlungen verhängen kann.

Zu den Einzelheiten wird auf Drucksache 17/4874 verwiesen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 17/4874 in

seiner 39. Sitzung am 11. Mai 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 17/4874 in seiner 65. Sitzung am 11. Mai 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit** hat den Antrag auf Drucksache 17/4874 in seiner 37. Sitzung am 11. Mai 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat den Antrag auf Drucksache 17/4874 in seiner 44. Sitzung am 11. Mai 2011 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/4874 zu empfehlen.

Berlin, den 11. Mai 2011

**Dr. Georg Nüßlein**  
Berichtersteller

